

Brigitte Geißel, Alexandra Manske (Hrsg.)

Kritische Vernunft für demokratische Transformationen

Festschrift für Christine Kulke

Brigitte Geißel
Alexandra Manske (Hrsg.)

Kritische Vernunft für demokratische Transformationen

Festschrift für Christine Kulke

Budrich UniPress Ltd.
Opladen & Farmington Hills 2008

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Dieses Werk ist bei Budrich UniPress erschienen und steht unter folgender Creative Commons Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de>
Verbreitung, Speicherung und Vervielfältigung erlaubt, kommerzielle Nutzung und Veränderung nur mit Genehmigung des Verlags Budrich UniPress.



Dieses Buch steht im OpenAccess Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<http://dx.doi.org/10.3224/94075520>)
Eine kostenpflichtige Druckversion (Printing on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-940755-12-4
DOI 10.3224/94075520

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Verlag Budrich UniPress Ltd.
<http://www.budrich-unipress.de>

Inhalt

Vorbemerkung und Einleitung	7
-----------------------------	---

Teil I: Gender und Politik

<i>Brigitte Geißel</i> Partizipation im Kontext. Zur Gendersensiblen und Mainstream-Partizipationsforschung	15
---	----

<i>Birgit Sauer</i> Gleichstellungspolitik, Gender Mainstreaming und Diversitätspolitik – Institutionelle und diskursive Herausforderungen.	37
---	----

<i>Birgit Meyer</i> Brief an Christine Kulke	59
---	----

Teil II: Gender und Arbeit

<i>Hildegard Maria Nickel</i> Feministische Gesellschaftskritik oder selbstreferentielle Debatte? Ein (ostdeutscher) Zwischenruf zur Frauen- und Geschlechterforschung	75
--	----

<i>Dorothea Schmidt</i> Eine Welt für sich? Dienstmädchen um 1900 und die widersprüchliche Modernisierung weiblicher Erwerbsarbeit	97
--	----

<i>Manfred Liebel</i> Unsichtbare Kinderarbeit – oder: Wie arbeitende Kinder sich bemerkbar machen	117
--	-----

<i>Alexandra Manske</i> Das Ende der Eindeutigkeiten? Die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft aus genderpolitischer Perspektive	135
--	-----

Teil III: Gender und demokratische Entwicklungen

Ursula BirsI

Und ewig lockt Antigone... Politik und das Politische im Spiegel
politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung 161

Ingrid Mieth

Widersprüchliche Gegenprivilegierungen. Bildungspolitik der DDR
im Korsett unterschiedlicher ideologischer Prämissen 175

Autorinnen und Autoren 195

Vorbemerkung und Einleitung

Für Christine Kulke

Kritische Vernunft, Demokratie, Erwerbsarbeit und Gender – Themen, mit denen sich Christine Kulke nicht nur wissenschaftlich, sondern auch immer wieder (hochschul-)politisch beschäftigt. Sie hat damit die Genderforschung in Berlin, wo sie die längste Zeit ihres bis heute aktiven Forscherinnenlebens gewirkt hat, maßgeblich beeinflusst. Doch nicht nur die Frauen- und Geschlechterforschung in Berlin hat sie wesentlich mitentwickelt und geprägt; Christine Kulke hat auch bundesweit und international zentrale Akzente in der Frauen- und Geschlechterforschung gesetzt und Richtungen vorgegeben.

Wir freuen uns diese Festschrift für Christine Kulke mit Hilfe weiterer Weggefährtinnen herausgeben zu können. Die zentralen Themen ihrer (politik-)wissenschaftlichen Laufbahn spiegeln dabei durchaus den Entwicklungsprozess genderspezifischer Politikwissenschaft wieder: Die Herkunft aus der Kritischen Theorie mit der sichtbaren Rückbindung an deren Paradigmen, die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit Arbeit als zentralem ‚Knackpunkt‘ genderspezifischer Theorie und Politik, die Diskussion um politische Sozialisation als Hemmschuh und gleichzeitiger Ansatzpunkt frauenspezifischer Emanzipation und schließlich Globalisierung in ihrer Bedeutung als Chance und Gefahr für eine geschlechtergerechte Demokratie.

Die Festschrift markiert aber nicht nur die Themen, die für Christine Kulke von herausragender Bedeutung waren und sind, sondern verweist auch auf Entwicklungen in ihrem wissenschaftlichen Lebensweg. Da sie in der DDR nicht zum Studium zugelassen wurde, ging sie von Dresden nach Erlangen, arbeitete dort zunächst in einer Baumwollfabrik und begann dann das Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften. In Berlin setzte sie das Studium mit den Schwerpunkten Soziologie und Politische Wissenschaft fort. An der Freien Universität Berlin machte sie das Diplom und promovierte in politischer Soziologie mit einer Arbeit zum Thema: „Die Berufstätigkeit der Frauen in der industriellen Produktion der DDR – Zur Theorie und Praxis der Frauenerwerbspolitik der SED“. Diese Arbeit war zur damaligen Zeit Aufsehen erregend, gleichzeitig wurde sie aber von den Männern im Wissenschaftsbetrieb abschätzig gehandelt. Nach einer Assistenzzeit an der Freien Universität Berlin am (Forschungs-)Institut für Politikwissenschaft, Abteilung DDR-Forschung (Leiter: Peter C. Ludz), übernahm sie die Stelle einer wissenschaftlichen Assistentin an der Technischen Hochschule Darmstadt im Bereich politische Bildung. Nach einer mehrjährigen Professur an der Päd-

agogischen Hochschule Berlin erhielt sie einen Ruf auf eine Professur für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Berlin (TUB). Damit gehörte sie zu einer der wenigen Frauen, die in der bis heute männlich dominierten Politikwissenschaft reüssieren konnte.

In Berlin arbeitete und kämpfte sie viele Jahre und Jahrzehnte für bessere Forschungs- und Lehrbedingungen, aber auch vor allem für die Förderung der weiblichen Studierenden – vielfach gemeinsam mit den Frauen der „Arbeitsstelle Frauen- und Geschlechterforschung an der TUB“. Mit ihren Aktivitäten und ihrer überaus hilfreichen Unterstützung hat sie den Weg bereitet für eine Vielzahl an Wissenschaftlerinnen, die von Christine Kulke in die akademische Welt eingeführt wurden. Viele der heute erfolgreichen Forscherinnen hätten ohne Christine Kulke vielleicht nicht den Weg in die Wissenschaft gefunden. Nach der Öffnung der Mauer nahm Christine Kulke umgehend Kontakt auf zu den KollegInnen vor allem der Universität Potsdam, kooperierte mit ihnen am „Runden Tisch“ und koordinierte und veranstaltete zahlreiche gemeinsame Seminare mit den Studierenden der TUB und der Universität Potsdam, an der sie zusätzlich über längere Zeit Lehraufgaben wahrnahm.

Christine Kulke ist nicht nur eine erfolgreiche Förderin des wissenschaftlichen Nachwuchses. Mit vielen Projekten hat sie in der Forschung wichtige Impulse gegeben, so beispielsweise mit einem DFG-geförderten Projekt zur Frauenerwerbsarbeit im Transformationsprozess der DDR. Gleichrangig hiermit war und ist sie eine engagierte Hochschullehrerin, hat hochschulpolitische „Kämpfe“ durchgefochten und vielfältige Mitgliedschaften und leitende Positionen in internationalen Forschungsgemeinschaften übernommen, beispielsweise in der International Society of Political Psychology (ISPP). Ein 12-Stundentag war (und ist wohl immer noch) ein Normalfall für sie. Selten hat sie ihr Büro an der TU Berlin vor 22.00 Uhr verlassen, zumeist eher fröhlich. Doch das war nicht alles, es geht die Fama, dass Christine Kulke in früheren Zeiten für und mit dem Institut chinesische Spezialitäten zubereitet hat.

So hat Christine Kulke ihre Aktivitäten keineswegs auf die Bundesrepublik oder gar nur auf Berlin beschränkt. Ihre wissenschaftliche Arbeit führte sie nicht nur in die „üblichen“ Regionen wie die USA, sondern auch in etwas exotischere Gefilde. Seit 1986 unterrichtet sie immer wieder in China, genauer gesagt an der South-Western-University Chengdu, Sichuan. Und am Inter-University-Centre von Dubrovnik war sie mehrere Jahre Kurs-Co-Leiterin. Auch an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau hat sie Konferenzen mitgestaltet und Kurse durchgeführt. An der Humanistischen Universität in Bischkek, Kirgistan, konnte sie Erfolge als „Berliner Professorin“ verbuchen.

Nach ihrer Pensionierung ist sie ihrer internationalen Orientierung treu geblieben und hat – dies ist nur ein Beispiel unter vielen – eine Dialoggruppe

mit israelischen, palästinensischen und Berliner TeilnehmerInnen aufgebaut und an der TUB Arbeitsstelle „Globales Lernen“ angesiedelt. Sie ist aktiv im Kuratorium eines interkulturellen Jugendtheaterprojektes mit Jugendlichen aus Migrationsfamilien, zumeist arabischen und türkischen Hintergrundes in einem sozialen Brennpunkt Berlins, in Moabit.

Zu den einzelnen Beiträgen

Der erste Abschnitt behandelt ein Thema, mit dem sich Christine Kulke viele Jahrzehnte beschäftigt hat: das Verhältnis von Gender und Politik. *Brigitte Geißel* skizziert die Entwicklung der Partizipationsforschung. Sie stellt fest, dass sich die Mainstream-Partizipationsforschung und die gendersensible Forschung, die sich jahrzehntelang je nach Couleur nicht wahrnahmen, still belächelten oder öffentlich diskreditierten, in manchen Punkten thematisch annähern. Sie zeigt auf, wie beide Forschungsrichtungen voneinander lernen können, um wissenschaftliche Fallstricke Kurzsichtigkeiten vermeiden zu können.

Birgit Sauer behandelt in ihrem Beitrag die aktuelle Diskussion zur Verwobenheit von Differenzstrukturen und zur Intersektionalität. Sie erörtert ihre These, dass Diversitätspolitik und die derzeitige Form des Gender-Mainstreaming ein eher bürokratisches Instrument ist, dessen transformatives Potential kaum genutzt wird. Im Gegensatz zur Rhetorik kann die halbherzige Einführung entsprechender Policies Gleichstellung eher gefährden. Diese für viele sicherlich provokante These diskutiert Birgit Sauer anhand von Geschlechterverhältnissen und Geschlechterpolitik in sechs europäischen Ländern sowie auf der EU-Ebene.

In ihrem Brief an Christine Kulke beschreibt *Birgit Meyer* ihre Erfahrungen mit der kanadischen Migrationspolitik. Auf sehr persönliche Weise berichtet sie, wie Kanada versucht, Migrantinnen und Migranten zu integrieren und was die Bundesrepublik Deutschland vom kanadischen Know-how lernen kann. Besonders die Kreativität und die Resilienz der Migrantinnen haben Birgit Meyer fasziniert und plädiert dafür entsprechende Potentiale auch in Deutschland stärker zu nutzen.

Ursula Birsl geht der Frage nach, was die Begriffe „Politik“ und das „Politische“ ausdrücken. Sie diskutiert, wie sich das Begriffsverständnis in der männlich geprägten Politikwissenschaft von dem der feministischen Politikwissenschaft voneinander unterscheiden. Ausgehend von dem feministischen Credo der 1970er Jahre, dass das Private politisch sei, kritisiert Birsl das vorherrschende Begriffsverständnis in der bundesdeutschen Politikwissenschaft als zu eng gefasst – doch auch die feministische Begriffshandhabung sei laut Birsl in Teilen befangen. Sie plädiert für ein Begriffsverständnis, das die strukturellen Bedingungen der Möglichkeit als Handlungsrahmen für kollektive sowie individuelle Akteure in den Blick bekommt. Erst dann, so

Birsl, können Strukturen und Prozesse identifiziert werden, die dazu führen, dass Politisches Politik werde.

Den Abschnitt „Gender und Arbeit“ eröffnet *Hildegard Maria Nickel*. In ihrem Artikel aus dem Jahr 1996 stellt sie die nach wie vor aktuelle Frage nach der Institutionalisierung und Professionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung. Vor dem Hintergrund ihrer soziohistorischen Einbettung in die DDR-Frauenforschung einerseits und in die westdeutsche Frauen- und Geschlechterforschung andererseits, lotet Nickel aus, wie weit es der nunmehr gesamtdeutschen, jedoch westdeutsch dominierten Frauen- und Geschlechterforschung gelungen ist, sowohl in die Kernbereiche der Soziologie vorzustoßen als sich auch als kritische gesellschaftspolitische Stimme zu positionieren. Wenngleich aus heutiger Sicht die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung unter dem Label der „Gender Studies“ im Vergleich zum Jahr 1996 um einiges vorangekommen ist und auch ein Dialog zwischen den Teildisziplinen eingesetzt hat (vgl. beispielsweise Aulenbacher/ Funder/ Jacobson/ Völker 2007), hat sich seit Nickels Fazit, dass sich auch die Gender Forschung bisweilen selbst genug ist, nicht viel geändert.

Dorothea Schmidt beleuchtet die Arbeitsmarktlage von „Dienstmädchen im 19. Jahrhundert“. Aus einer sozialgeschichtlichen Perspektive zeigt sie, wie sich ein typisches Arbeitsmarktsegment für Frauen aus den unteren sozialen Klassen entwickelt. Die anwachsende Anzahl von Hausangestellten dokumentiert, so Schmidt, die Herausbildung der städtischen, bürgerlich-kapitalistischen Industriegesellschaft. Schmidt betrachtet somit einerseits die Grundlagen der bürgerlichen Dissoziation von Privat- und Erwerbsphäre aus einer Perspektive der unteren sozialen Klassen und macht andererseits deutlich, wie interdependent und widersprüchlich sich die Ungleichheitsachsen Geschlecht und Klasse im Berufsalltag einer damals neuen Berufsgruppe verschränken und zu einer widersprüchlichen Optionenenerweiterung von erwerbstätigen Frauen führten.

Eine in den Diskussionen um (Erwerbs)Arbeit vernachlässigte Perspektive nimmt *Manfred Liebel* ein. Er fokussiert auf Kinderarbeit. Liebel diskutiert die These, dass arbeitende Kinder nicht nur unterdrückt oder gar missbraucht werden, sondern dass die Unsichtbarmachung von Kinderarbeit dem modernen bürgerlichen Konzept von Kindheit geschuldet ist. Er weist auf Ambivalenzen von Kinderarbeit, auch in ihrer sozialen Stellung zu Erwachsenen hin und unterstreicht, dass die Arbeit von Kindern nicht nur an ihrer Mühsal und Ausbeutung zu messen sei, sondern auch unter würdigen Bedingungen und aus freien Stücken entstehen könne. Insofern spricht Liebel einen möglichen Revisionsbedarf in der Bewertung von unhinterfragten bürgerlichen Machtverhältnissen an.

Alexandra Manske fragt, ob sich unter den gegenwärtigen Bedingungen der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft neue Konfliktlagen im Geschlechterverhältnis abzeichnen. Hierzu setzt sie zwei Zonen des sozia-

len Raumes zueinander ins Verhältnis. Sie beleuchtet zum einen die Entwicklung im Niedriglohnsektor und zum anderen das Feld der Kultur- und Kreativwirtschaft. Sie kommt zu dem Schluss, dass die sozialen Praxen der Akteure in beiden Erwerbsfeldern auf ihre je spezifische Weise zu einer Destabilisierung industriegesellschaftlich geprägter Geschlechterordnungen beitragen.

Ingrid Miethe fragt in ihrem Beitrag zur Bildungspolitik in der DDR, wie sich die Versuche einer Gegenprivilegierung auf die Bildungswege von Frauen sowie von Arbeiter und Bauern ausgewirkt haben. Es zeigt sich, dass die Schichtzugehörigkeit eine der zähen bildungsrelevanten Ungleichheiten darstellt, während Frauen in der Bildung erheblich aufholen konnten. Die Gegenprivilegierung war somit nur bedingt erfolgreich. Ingrid Miethes Studie zeigt deutlich, dass Klasse immer auch ein Geschlecht hat und Geschlecht auch eine Klasse. Geschlechterspezifische Nachteile ließen sich leichter abbauen als schichtspezifische.

Diese Festschrift spiegelt Christine Kulkes Werdegang seit Beginn ihrer Studienzeit bis heute. Einige der Beiträge beziehen sich auf aktuelle Debatten und Forschungsergebnisse, andere geben Einblick in ältere Diskussionen, an welchen Christine Kulke in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren teilgenommen hat. Die Festschrift wäre ohne die Unterstützung einer Vielzahl von Personen nicht zustande gekommen. Danken möchten wir vor allem den Autorinnen und Autoren sowie Gerd Kulke. Danken möchten wir weiterhin dem Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch-politische Bildung für die materielle Unterstützung dieser Festschrift. Gisela Sprick danken wir für die redaktionelle Unterstützung. Unser größter Dank geht an Christine Kulke.

Brigitte Geißel & Alexandra Manske im Juni 2008

Teil I: Gender und Politik

Partizipation im Kontext. Zur Gendersensiblen und Mainstream- Partizipationsforschung

In allen Demokratien geht (idealerweise) die Herrschaft aus dem Volk hervor und wird unter Berufung auf seine Interessen ausgeübt.¹ Aus dieser allgemeinen Definition lässt sich allerdings kaum das ideale Ausmaß der politischen Beteiligung des Volkes ableiten. Es ist daher nicht erstaunlich, dass politische Partizipation in unterschiedlichen Demokratietheorien höchst divergent bewertet wird. Das Spektrum der als ideal erachteten Partizipation bewegt sich zwischen den elitetheoretischen Ansätzen à la Schumpeter (1950), die politische Partizipation in periodisch stattfindenden Wahlen der Eliten erschöpft sehen², und den partizipativen Ansätzen im Sinne Rousseaus, die eine aktive Rolle der BürgerInnen in (fast) allen Phasen des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses fordern (z.B. Barber 1984; Pateman 1974; Holland-Cunz 1998; Barnes 2000). Die Debatte, welche Partizipationsmöglichkeiten und welches Ausmaß an politischer Mitbestimmung der BürgerInnen ideal sind, ist bis heute in der Wissenschaft und der Politik aktuell (z.B. Welzel 2000; Patzelt 2000; Schmidt 2000).

Über die Bedeutung einer paritätischen Partizipation der Geschlechter in Demokratien herrscht ebenfalls wenig Einigkeit. Auf der einen Seite des Spektrums sind Argumente einiger Mainstream-WissenschaftlerInnen³ zu finden, dass die Gleichstellung der Geschlechter in den meisten (postindus-

-
- 1 Dies ist die erweiterte Fassung meines Manuskripts: Konflikte um Definitionen und Konzepte in der gendersensiblen und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick, Discussion Paper SP IV 2004-403, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
 - 2 So fordert Schumpeter, dass BürgerInnen die „Arbeitsteilung zwischen ihnen selbst und den von ihnen gewählten Politikern“ respektieren und einsehen, „dass wenn sie einmal gewählt haben, die politische Sache seine [des Politikers, B.G.] ist und nicht mehr die ihre“ (Schumpeter 1950: 468).
 - 3 Mainstream bedeutet „Hauptrichtung“ oder „Hauptströmung“. Bezogen auf die Wissenschaft ist mit „Mainstream“ jene Strömung gemeint, die am stärksten verbreitet und von der Mehrzahl der WissenschaftlerInnen akzeptiert ist.

triellen) Demokratien bereits weitgehend vorhanden sei oder sich in den nächsten Jahren per se einstellen werde und deshalb keiner besonderen Beachtung bedarf. Auch die Aussage, dass faktische Partizipations-Gleichheit kein Ziel von Demokratien sei und Demokratien durchaus mit partizipativen Ungleichheiten leben könne – beispielsweise partizipieren ja auch nicht alle Altersgruppen oder Personen mit verschiedenen Bildungsniveaus in gleicher Weise –, bewegt sich auf dieser Seite (für weitere Argumente vgl. Phillips 1991). Auf der anderen Seite des Spektrums lassen sich die Thesen der gendersensiblen⁴ WissenschaftlerInnen verorten. Sie argumentieren, dass Demokratien mit starker weiblicher Unterrepräsentanz als „Androkratien“ und als defizitär zu bezeichnen sind (Sauer 1994; Holland-Cunz 1998; Biester u.a. 1994; vgl. auch Habermas 1965: 13).⁵

Die unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln sich auch in den Theorien und Theoriebewertungen wider. In den Mainstream-Demokratie- und Partizipationstheorien spielt Geschlecht nur selten eine Rolle – zumindest nicht explizit. Die gendersensible Demokratie- und Partizipationsforschung kritisiert jedoch, dass in den Mainstream-Theorien überwiegend politische Akteure mit männlichen Attributen zu finden sind – auch wenn diese als geschlechtsneutral vorgestellt werden (Geißel 1999: 212ff.). Honig (1994: 52) wies beispielsweise nach, dass die meisten Demokratietheorien der Mainstream-Forschung von Akteuren ausgehen, die frei von der „Sorge um das tägliche Leben“ sind, vor allem von der Sorge um die tägliche Reproduktionsarbeit. Dass dieses Merkmal eher auf Männer zutrifft als auf Frauen, liegt auf der Hand und lässt sich durch einschlägige Statistiken zur Verteilung von Hausarbeit belegen. Holland-Cunz (1997) zeigte, dass die Klassiker moderner Staats- und Demokratietheorien (Rousseau, Hobbes, Locke) den „Staatsgründer“, und damit den ersten „Staatsmann“, als „frei von Beziehungen“ beschreiben. Der „bei den Klassikern phantasierte...Gründer“ ist nicht einge-

4 Ich verwende den Begriff ‚gendersensibel‘ für Forschungsarbeiten, die sensibel sind gegenüber geschlechtsspezifischen Ungleichheiten bei der politischen Partizipation im Kontext androkratischer Gesellschaften.

5 Diese Defizit-Hypothese wird mit verschiedenen Argumenten begründet, von welchen hier nur die zentralen genannt werden: Erstens sei das Legitimations- und Akzeptanzproblem zu nennen, da in einer Demokratie keine Bevölkerungsgruppe de facto vom politischen Prozess ausgeschlossen sein dürfe. Einige Autorinnen fordern dabei, dass die politische Repräsentation in etwa die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln solle („Mirror-Modell“). Zweitens teilen Frauen Erfahrungen und haben spezifische Bedürfnisse und Interessen, die sich von jenen der Männer unterscheiden. Da die Politik das Leben von Männern und Frauen bestimmt, müssten diese Unterschiede bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden und männliche sowie weibliche Perspektiven vertreten sein (z.B. Meyer 1987, 1992). Drittens wird argumentiert, dass die Politik kaum effizient arbeiten könne, wenn die Kompetenzen und Fähigkeiten der Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen sind (z.B. Bernadoni/Werner 1983; vgl. weitere Argumente Leijenaar 1996: 10-13).

bunden in ein „sozial erfüllte[s] menschliche[s] Leben“, sondern „eine sozialitäts-feindliche, antisoziale Figur“ (ebd.: 62). „Familiale bzw. personale Bindung stellt keinen eigenständigen gesellschaftlichen Modus dar“ (ebd.: 63). Auch hier drängt sich, so die gendersensible Forschung, der Gedanke auf, dass diese „Bindungsfreiheit“ bzw. die Freiheit von Bindungsverantwortung eher ein typisch männliches Attribut ist.

Mit diesen Beschreibungen ist bereits das Feld für die Kontroversen zwischen der Mainstream- und der gendersensiblen Partizipationsforschung abgesteckt. Im folgenden Beitrag werden die konträren Debatten um politische Partizipation der beiden Forschungsstränge nachgezeichnet und verglichen, wobei ich mich vor allem auf die Bundesrepublik beziehe. Zunächst werden Kontroversen um die Definitionen von politischer Partizipation sowie Methoden, Zugänge und Themen der jeweiligen Forschungsrichtungen vorgestellt. Es folgt ein Kapitel zu Erklärungsansätzen geschlechtspezifischer Unterschiede aus Mainstream- und aus gendersensibler Sicht. Darüber hinaus stelle ich erste Überlegungen zu (möglichen) Verbindungen und Synergieeffekten zwischen der Mainstream- und der gendersensiblen Forschung vor. Der Beitrag ist nicht mehr und nicht weniger als ein Literaturüberblick, ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Entwicklung weitergehender Fragestellungen und empirischer Untersuchungen.

1. Kontroversen um Definitionen von Partizipation

„What is participation“ fragten bereits 1972 Verba und Nie. Die Mainstream- und die gendersensible Forschung haben diese Frage sehr unterschiedlich beantwortet. Ich werde in diesem Kapitel aufzeigen, dass sich insgesamt zwar kein bewusster und intentionaler Annäherungsprozess der beiden Forschungsstränge abzeichnet, aber de facto eine thematische Annäherung. Während die Mainstreamforschung die enge Definition mit der Beschränkung auf Wahlen und Parteien auf nicht-institutionalisierten Partizipationsformen erweitert hat und heute auch den Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Partizipation untersucht, diskutiert die gendersensible Forschung nach ihrer ursprünglich weiten Definition heute stärker Unterschiede und Grenzen zwischen sozialer und politischer Partizipation.

Bis Ende der 70er Jahre wurde ‚Politische Partizipation‘ in erster Linie als die Teilnahme der BürgerInnen an politischen Willensbildungs- wie Entscheidungsprozessen im Rahmen institutionalisierter Beteiligungsformen wie Wahlen und Parteien definiert. Angeregt durch das veränderte Beteiligungsverhalten der BürgerInnen erweiterte das Wissenschaftsteam um Barnes und Kaase (1979) in der mittlerweile ‚klassischen‘ ‚Political-Action-Studie‘ den Partizipationsbegriff und definierte Partizipation als Aktivitäten von Bürge-

rInnen „to influence either directly or indirectly political choices at the various levels of the political system“ (42). Dementsprechend unterschieden sie in ihrer Studie zwischen unkonventioneller und konventioneller sowie zwischen legaler und illegaler Partizipation: Als ‚konventionell‘ galten alle institutionalisierten Formen, vor allem jene im Zusammenhang mit dem Wahlprozess; ‚unkonventionell‘ wurde ein Verhalten bezeichnet, „that does not correspond to the norms of law and custom that regulate political participation under a particular regime“ (Kaase/Marsh 1979: 41).⁶ Allerdings zeigte sich bald, dass viele der Formen, welche als ‚außerhalb der sozialen Norm stehend‘ definiert waren, von einer Mehrzahl der BürgerInnen als akzeptabel betrachtet wurden. Nicht-institutionalisierte Partizipationsformen wie die Beteiligung in den Neuen Sozialen Bewegungen oder in Bürgerinitiativen traten immer häufiger in Erscheinung und die Definition von ‚unkonventionell‘ war problematisch geworden. Bis heute hat die Partizipationsforschung allerdings keine zufriedenstellenden Bezeichnungen gefunden, so dass nach wie vor das unpassende Begriffspaar „un-/konventionell“ angewandt wird.

Gegenstand hitziger Debatten seit den 1980er Jahren war weiterhin die Frage, welche Form von Aktivität als „politische Partizipation“ zu bezeichnen sei. 1992 erklärte Kaase zwar, dass letztendlich nahezu „jedes Handeln, auch innerhalb eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes, politische Dimensionen im Sinne von politischer Bedeutsamkeit annehmen“ kann (Kaase 1992: 146).⁷ Diese Überlegungen wurden jedoch vom Mainstream nicht weiter verfolgt. Vielmehr setzte sich eine instrumentelle, zweckrationale Definition durch. So wird eine Aktivität nur unter der Bedingung als ‚politische Partizipation‘ bewertet, dass sie aus einem explizit politischen Impetus erfolge. Das heißt, es werden Handlungen ausgeklammert, die lediglich in ihren Konsequenzen, nicht aber in ihren Intentionen politisch sind (Kaase 2002: 350; Nohlen 1998: 521). Dabei wird auch eine strikte Trennung zwischen ‚politischen‘ und nicht- bzw. ‚vopolitischen‘ Partizipationsfeldern gezogen.

Gendersensible Partizipations-ForscherInnen haben seit den 70er Jahren Kritik an dieser Definition von „politischer Partizipation“ geübt. Erstens vertraten sie ein breites Partizipationsverständnis – inspiriert vom Slogan der Frauenbewegung „das Private ist politisch“. Dieser Slogan basierte auf der Überlegung, dass öffentliche Partizipation von Frauen häufig erst durch Veränderung ihrer privaten Lebenssituation, konkret durch eine gerechte Vertei-

6 Gemäß dieser Definition ließen sich die meisten der unkonventionellen Formen als ‚Protestaktivitäten‘ in einer tendenziell ‚illegalen‘ oder zumindest sozial nicht akzeptierten ‚Grauzone‘ bezeichnen (ebd.: 27). Heute wird nur noch vereinzelt vertreten, dass allen unkonventionellen Aktivitäten ihr „umstrittener Legitimitätsstatus“ gemeinsam sei (z.B. Gabriel 1997: 391).

7 „Dies ist schon deshalb sinnvoll, weil in den umfassend und komplex verflochtenen Industriegesellschaften nur wenige Handlungen von Personen und Gruppen langfristig ohne jede politische Bedeutung sind.“ (ebd.)

lung von Haus- und Familienarbeit, möglich ist. Zweitens wurde das instrumentelle Partizipationsverständnis der Mainstreamforschung abgelehnt, weil es ‚expressive‘ Handlungsweisen als ‚vorphilosophisch‘ ausklammert (Sauer 1994: 103; Fuchs 2000: 256). Doch seien, so das Argument der gendersensiblen ForscherInnen, auch expressive, identitätsstiftende Aktivitäten von Frauengruppen als ‚politisch‘ zu betrachten. Drittens wurde argumentiert, dass gesellschaftlich relevante Aktivitäten ‚politisch‘ seien, selbst wenn die AkteurInnen sie nicht als solche verstehen und damit nicht bewusst politische Einflussnahme intendierten. Beispielsweise stellte Meyer fest, dass Unterschriften-Sammlerinnen für Greenpeace sich selbst oft nicht als ‚politisch‘ erachteten (ausführlich: Meyer 1992; Sauer 1994). Damit verband sich viertens die Forderung, auch ehrenamtliche und soziale Tätigkeiten von Frauen, z.B. in bürgernahen selbsthilfe-orientierten Initiativen, in kirchlichen Gruppen, in Elternräten von Kindergärten wie Schulen und sozialen Verbänden, als Form politischer Partizipation zu berücksichtigen. So hat die Frauenforschung der 80er und 90er Jahre den Partizipationsbegriff erweitert und auf soziale und private Tätigkeiten angewandt (z.B. Ballhausen et al. 1986). Mit der Ausweitung des Begriffs ‚politische Partizipation‘ auf (nahezu) alle Formen des menschlichen Handelns ging allerdings ein Verlust an definitorischer Klärungs- und wissenschaftlicher Analysefähigkeit einher (ähnlich: Westle 2001: 137). Ein solcher breiter Partizipationsbegriff erwies sich wissenschaftlich als kaum noch handhabbar.

Die Mainstreamforschung nahm diese Diskussionen der gendersensiblen Forschung zur Erweiterung des Begriffs „politische Partizipation“ nur am Rande wahr. Sie hielt sich weiter an ihr – langsam auch für sie selbst zu eng werdendes – „Begriffs- Korsett“. Putnam (1993, 1995) stieß schließlich Anfang der 1990er Jahre eine neue Entwicklung an. In seinen Studien hatte Putnam die Bedeutung von zivilgesellschaftlichem Engagement für das Funktionieren von politischen Einheiten nachgewiesen. Er konnte zeigen, dass Politik, Ökonomie und Verwaltungen in Gemeinden mit ausgeprägtem zivilgesellschaftlichem Engagement besser funktionieren als in Gemeinden ohne entsprechende Beteiligung. Diese Erkenntnis färbte auch auf die Partizipationsforschung des Mainstreams ab. So formulierte einige Jahre später einer der wichtigsten bundesrepublikanischen Vertreter, dass die Partizipationsforschung ihren Blick „stärker auf Fragen der sozialen Partizipation und ihrer Beziehung zur politischen Partizipation“ richten solle (Kaase 2002: 354; s. auch v. Deth 2003). Die Beteiligung in sozialen Gruppen und Vereinen geriet seitdem auch ins Blickfeld der Mainstreamwissenschaft. So berücksichtigen aktuelle Studien zur politischen Partizipation heute mit großer Selbstverständlichkeit auch ehrenamtliches Engagement (z.B. Kornelius/Roth 2004). Mainstream- und gendersensible Partizipationsforschung treffen sich somit heute in einem Forschungsfeld, welches von der gendersensiblen Forschung seit Jahren intensiv bearbeitet und vom Mainstream nun ‚neu entdeckt‘ wird.

2. Kontroversen um Methoden der Partizipationsforschung

In der Mainstream-Partizipationsforschung dominierte seit ihren Anfängen die Umfrageforschung anhand repräsentativer Bevölkerungstichproben. Standardisierte Surveys in Form des mündlichen Face-to-Face Interviews, der schriftlichen Befragungen und zunehmend auch des Telefoninterviews waren und sind das bevorzugte Instrument der Datenerhebung.⁸

Die feministischen Partizipations-ForscherInnen hatten seit den 80er und 90er Jahren die standardisierten Erhebungen der Mainstream-Partizipationsforschung eher skeptisch beobachtet. Sie vermuteten, dass sich der Androzentrismus auch in den Fragestellungen der standardisierten Befragungen (wenn auch unbeabsichtigt) widerspiegeln würde und die Ergebnisse aufgrund des semantischen Ausschlusses weiblicher Lebenserfahrungen, Politikverständnisse und Interessen verzerrt oder lückenhaft wären. Da die Fragebatterien überwiegend von Männern konstruiert werden, würde vor allem deren Lebenserfahrung einfließen und für Frauen zentrale Themen vernachlässigt werden. Problematisch sei ebenfalls, dass die Makro-Ebene – konkret das Organisations- und Strukturierungsprinzip Geschlecht – bei dieser Datenerhebungsmethode kaum berücksichtigt wird (siehe unten).

Die sich seit den 60er Jahren sehr langsam etablierenden qualitativen Methoden eröffneten neue Möglichkeiten der empirischen (Partizipations-) Forschung für die gendersensible Partizipationsforschung. Das explorative, hypothesengenerierende Verfahren („grounded theory“) erweiterte durch „offene“ Datenerhebung das Spektrum der Antwortmöglichkeiten der Befragten. Die gendersensible Partizipationsforschung nahm die neuen, qualitativen Methoden mit großer Euphorie auf, vor allem narrative oder teilstrukturierte Interviews wurden angewandt (u.a. Schöler-Macher 1994; Penrose 1993; Geißel 1999; Meyer 1997). Qualitative Daten über politisch aktive Frauen seit den 50er Jahren bis heute, im nationalen aber auch im internationalen Raum, wurden gesammelt und Biographien über Politikerinnen, ihre Laufbahnen und Erfahrungen beschrieben bzw. ausgewertet. Gendersensible ForscherInnen entwickelten Thesen zu parteipolitischen Zugangsbarrieren und zur geschlechtsspezifischen politischen Sozialisation; Thesen zu einem ‚weiblichen‘ Politikverständnis und zu ‚weiblichen‘ Politikstilen tauchten auf (und wurden später wieder relativiert). Vielfältige Hinweise ließen vermuten, dass Frauen ihre politische Partizipation und ihr Engagement häufig anders wahrnehmen

8 In der Bewegungsforschung ist ein breiteres Spektrum an Methoden vertreten, neben Umfrageforschung auch teilnehmende Beobachtung, Protestereignisanalysen, die auf Informationen von Massenmedien, Bewegungsarchiven oder Ordnungsbehörden beruhen, sowie qualitative oder quantitative Analysen der Aussagen von Bewegungsakteuren (Roth/Rucht 2002).